



Zur Person

Daniela Decurtins (56) studierte an der Universität Zürich Geschichte, Volkswirtschaft und Politische Wissenschaften und leitet seit 2012 als Direktorin den Verband der Schweizerischen Gasindustrie. In der Freizeit ist sie gerne in der Natur unterwegs, interessiert sich für Sport und Musik und reist gerne.

Interview mit Daniela Decurtins

«Ohne Wasserstoff gibt's keine Klimaneutralität»

Durch den Krieg in der Ukraine war im letzten Winter die Gasversorgungssicherheit in Europa gefährdet. Eine Mangellage konnte vorerst abgewendet werden, auch in der Schweiz. Eine wichtige Rolle spielte das Krisenmanagement der Gaswirtschaft. Wie gut stehen die Chancen, dass es auch im nächsten Winter warm bleibt? Und welche Rolle wird Gas bei der anstehenden Transformation des Energiesystems spielen? Zu diesen Fragen nimmt Daniela Decurtins, Direktorin des Verbands der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) und zuständig für die nationale Taskforce Winterversorgung, Stellung.

Interview: Antonio Suárez, Fotos: Ethan Oelman

15

Im Zuge des Kriegs in der Ukraine war die Gasversorgung gefährdet. Zu einer Gasmangellage ist es aber nicht gekommen. Drei Faktoren spielten eine Rolle: die milden Temperaturen, die gut gefüllten Gasspeicher und die Sparanstrengungen. Wie gewichten Sie diese drei Faktoren?

Daniela Decurtins: Das Wetter war ein zentraler Faktor. Bei einem sehr kalten Winter wäre die Situation noch angespannter gewesen. Im Zusammenhang mit dem Füllungsgrad der Gasspeicher in unseren Nachbarstaaten war zudem entscheidend, dass sich die europäische Gasversorgung in der Krise als äusserst leistungsfähig erwiesen hat, indem sie das russische Gas

durch andere Quellen ersetzt hat. LNG [verflüssigtes Erdgas, Anm. d. R.] war hier das grosse Thema. Zwar gibt es bei der LNG-Infrastruktur noch grosse Einschränkungen. Trotzdem wurden in Rekordzeit wichtige Terminals aufgebaut, die weiter ausgebaut werden.

Trotz der Abwendung der Gasmangellage geben Sie noch keine Entwarnung. Wieso?

Der nächste, aber auch die folgenden Winter werden mit Bestimmtheit noch einmal eine grosse Herausforderung. Ein entlastender Umstand ist, dass die Gasspeicher besser gefüllt sind als letztes Jahr zum selben Zeitpunkt. Allerdings

gibt es diverse Unsicherheitsfaktoren, etwa die Verfügbarkeit der französischen Kernkraftwerke aufgrund von Revisionsarbeiten. Sollte zudem der Sommer trocken werden, es also bei der Kühlung der Kernkraftwerke zu Problemen kommen, dann wird mehr Gas für die Stromproduktion verwendet. Nebst dem Wetter, das bei Gas stets eine zentrale Rolle spielt, ist die Nachfrage aus Asien, insbesondere aus China, ein entscheidender Faktor. Wenn die Konjunktur anzieht, wird sich der Wettbewerb um LNG verschärfen, was die Preise in die Höhe treiben und die Verfügbarkeit von Gas in Europa beeinträchtigen wird. —//

Wie können Versorgungsengpässe in Zukunft vermieden werden?

Beim VSG haben wir bereits letzten Sommer darüber diskutiert, wie wir die Winterversorgung 2023-2024 angehen. Ein zentraler Punkt dabei ist das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten. Mit Frankreich hat die Schweiz schon vor längerer Zeit einen Staatsvertrag unterzeichnet. Mit Deutschland und Italien allerdings gibt es noch kein solches Abkommen. Nichtsdestotrotz verfügt die Schweiz über einen zentralen Wert in der gesamteuropäischen Konstellation: nämlich die Transit-

gasleitung, welche die Schweiz mit Deutschland, Italien und Frankreich verbindet. Diese Pipeline ermöglichte zuletzt den geschichtlich einmaligen Vorgang, dass Gas aus Frankreich importiert und nach Deutschland exportiert werden konnte. Auf dieselbe Weise, wie heute schon Gas von Norden nach Süden transportiert wird, kann mit dem sogenannten Reverse-Flow auch der Süden den Norden beliefern. Dies eröffnet den Zugang zu neuen Quellen, beispielsweise zu Erdgas aus Nordafrika oder Aserbaidschan.

Der Bundesrat hat mit der Gaswirtschaft die Kriseninterventionsorganisation KIO Gas etabliert, um eine Gasmangellage abzuwenden. Auch eine Taskforce wurde gebildet. Worin bestanden die Massnahmen genau?

Im März 2022 erteilte uns der Bundesrat den Auftrag, ein Konzept auszuarbeiten. Auf der Angebotsseite versuchten wir, eine Verstärkung der Gasversorgungssicherheit dadurch zu erzielen, indem wir Speicherkapazitäten schufen. Teils beschafften wir uns Gasreserven, teils sicherten wir uns Optionen für



zusätzliche Lieferungen. Auf Letzteres hätten wir dann zugegriffen, wenn wir bei Gasknappheit zusätzliches Gas zu überhöhten Preisen auf dem Spotmarkt hätten beschaffen müssen. Der Bundesrat erliess hierzu eine Verordnung, welche die Regionalgesellschaften zur Umsetzung dieser Massnahmen verpflichtet. Der zweite Massnahmen teil bestand darin, dass bei einer akuten Gasknappheit die wirtschaftliche Landesversorgung, angesiedelt beim gleichnamigen Bundesamt, zum Zuge gekommen wäre. Im Auftrag des Bundes bauten wir schliesslich eine entsprechende Kriseninterventionsorganisation, die KIO Gas, in Rekordzeit auf. Im Krisenfall müsste diese die durch den Bund verordneten Massnahmen umsetzen.

Wie sähe die Bewältigung einer Mangellage im Krisenfall aus?

Eine erste Massnahme, die vorgesehen ist, besteht in eindringlichen Sparappellen des Bundesrats. Die zweite Massnahme beinhaltet die Umschaltung der Zweistoffanlagen. Es handelt sich hierbei um Anlagen, die sowohl mit Gas als auch mit Heizöl betrieben werden. Rund 20% des nationalen Gasabsatzes können durch solche Zweistoffanlagen eingespart werden. Auch hier geht es primär um Versorgungssicherheit. Im Winter machte der Bundesrat hierzu eine Empfehlung und gab bekannt, dass er im eintretenden Krisenfall eine Umschaltung von Gas auf Öl verordnen würde. Wir wissen, dass rund 60%

dieser Zweistoffanlagen diese Umschaltung vorgenommen haben.

Ein weiteres Massnahmenbündel bezieht sich auf eine Reihe von Einschränkungen. So könnte der Bundesrat verordnen, dass nicht mehr auf über 20 Grad geheizt oder Schwimmbäder in Hotels nicht mehr betrieben werden dürfen. Die allerletzte Massnahme wäre schliesslich die sogenannte Kontingentierung. In diesem Fall könnte der Bund festlegen, dass nur noch ein gewisser Prozentsatz der üblichen Gasmenge während eines bestimmten Zeitraums verbraucht werden darf.

Wechseln wir zum zweiten grossen Thema: der Energiewende. Ihr Verband hat 2016 eine Strategie vorgelegt, deren Kernelement die Dekarbonisierung der Gasversorgung bildet. Wie sieht Ihre Vision für 2030, 2040 bzw. 2050 aus?

Die Gaswirtschaft ist schon seit längerer Zeit auf dem Weg, erneuerbarer zu werden. Wir haben uns vorgenommen, bei der Gasversorgung das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Zuletzt haben wir unsere Ziele für 2030 noch ehrgeiziger gestaltet. Bis dahin soll unsere Gasversorgung zu 15% klimaneutral sein, und zwar bezogen auf den gesamten Gasabsatz, nicht nur auf den Wärmesektor. Denn auch die Industrie hat sich in den letzten Jahren vermehrt zu den Netto-Null-Zielen bekannt. Bis 2040 soll die Gasversorgung zu 50% klimaneutral sein und 2050 schliesslich vollständig. Es ist klar, dass dies nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Man muss in Etappen vorgehen und den Erneuerbaren-Anteil sukzessive erhöhen. Momentan sind wir auf gutem Weg; 8% unseres Absatzes bestreiten wir derzeit mit erneuerbarem Gas. Im Hinblick auf das 15-Prozent-Ziel sind wir guter Dinge. Was man bei dieser Diskussion nie vergessen sollte, ist, dass dies alles ohne staatliche Förderung geschieht. Während die Verstromung von Biogas gefördert wird, wird die Einspeisung von erneuerbarem Gas ins Gasnetz nicht unterstützt.

Sie sprechen von acht Prozent. Beziehen Sie sich auf die neusten Zahlen?

Genau, es handelt sich um die neusten Prozentzahlen per Ende 2022. Wir konnten letztes Jahr die Inland-

produktion von Biogas um weitere 13% steigern. Dies ist ein weiterer Meilenstein in unserer Erfolgsgeschichte. Wir haben eine Pipeline von Projekten. Auch haben wir einen eigenen Fonds eingerichtet, um Biogasanlagen zu fördern. Bei der Gesetzgebung allerdings stossen wir an Grenzen. Wir müssen immer wieder Gegensteuer geben, wenn der Gesetzgeber Anreize zur Verstromung von Biogas schafft, statt dafür zu sorgen, dass sinnvolle Biogas-Einspeiseprojekte umgesetzt werden. Denn der Energienutzen der Netzeinspeisung ist deutlich höher als bei der Verstromung. Beim vom Volk abgelehnten CO₂-Gesetz war eine Förderung von Biogasanlagen vorgesehen. Glücklicherweise ist diese auch im neuen Gesetzesvorhaben wieder enthalten.

41 Anlagen speisten letztes Jahr 476 GWh klimaneutrale Gase ins Netz ein. Das Potenzial wäre aber zehnmal höher. Sie fordern deshalb die Förderung der Einspeisung. Kann eine solche Steigerung allein mit Fördermitteln gelingen?

Es sind seit Anfang dieses Jahres bereits 43 Anlagen. Nebst der Förderung braucht es Anpassungen im Raumplanungsgesetz. Wir sind im landwirtschaftlichen Umfeld sehr aktiv. Hier bestehen noch einige Hürden, die das Parlament inzwischen erkannt hat. Was die Fehlanreize beim Thema Verstromung statt Einspeisung anbelangt, verlangen wir gleich lange Spiesse, damit die Förderung auch tatsächlich zugutekommt. Logischerweise macht es keinen Sinn, dort einzuspeisen, wo kein Gasnetz vorhanden ist. Aber dort, wo eines vorhanden ist, sollte man die Einspeisung prüfen. Auch beim Import sind die Rahmenbedingungen ein Thema.

Einerseits ist es wichtig, dass wir das inländische Produktionspotenzial ausschöpfen, das je nach Studie auf vier bis sechs Terawattstunden geschätzt wird. Auf der anderen Seite werden aber Einfuhren wichtig bleiben. Und hier bestehen nach wie vor regulatorische Schranken. Zum einen wird über das Gasnetz importiertes Biogas wie fossiles Gas behandelt, was die Entrichtung der CO₂-Abgaben einschliesst. Zum anderen werden die CO₂-Einsparungen der Einfuhrmengen im nationalen Treibhausgasinventar nicht angerechnet. Um das zu —//

«Für die Bewältigung der Energiewende werden wir alle erneuerbaren Elektronen und Moleküle brauchen.»



«Der VSG ist der einzige Verband der Energiewirtschaft, der einen eigenen Forschungsfonds betreibt.»

18

erreichen, braucht es ein international kompatibles Register, wie es der Bund per 2025 in Betrieb zu nehmen plant. Um Doppelzählungen bei der CO₂-Vermeidung auszuschliessen, braucht es zusätzlich zwischenstaatliche Vereinbarungen. Das ist politische Arbeit, und hier erhoffen wir uns, dass Wasserstoff und erneuerbare Gase im Zuge der Energiekrise für zusätzlichen Schub sorgen. Denn ohne Wasserstoff werden wir in Europa keine Klimaneutralität erreichen.

Kommen wir zum Anwendungsbereich. Gas wird vorrangig in drei Sektoren verbraucht: im Gebäudesektor, in der Industrie und im Verkehr. Ihr Verband peilt bis 2030 eine Steigerung des Biogasanteils im Gebäudebereich auf 30 Prozent an. Wie stellen Sie sich das konkret vor?

Grundsätzlich ist es so, dass sich Städte und Gemeinden entsprechende Klimaziele setzen. Ausserdem verabschieden die Kantone

neue Energiegesetze, die den Heizungsersatz regeln. Viele Kantone sehen als Lösung vor, dass bei einem Heizungsersatz der Biogasanteil auf 20, 40 oder sogar 50 Prozent steigen soll. Bei einem Ersatz einer Öl- durch eine Gasheizung verbessert sich die Klimabilanz schon alleine durch fossiles Gas, und mit einem höheren erneuerbaren Anteil wird diese Bilanz noch einmal deutlich besser. Technisch sind solche Lösungen problemlos machbar. Im städtischen und kommunalen Kontext wird Gas auch in Zukunft eine Rolle spielen, etwa bei der Spitzenlastabdeckung von Wärmenetzen, vor allem im Winter. Auch hier übrigens mit der Zielsetzung, dass das fossile Gas zunehmend durch erneuerbares ersetzt wird.

Die Städte setzen zunehmend auf Fernwärme und Wärmepumpen. Umfassende Einschränkungen oder sogar Verbote fossiler Heizungen werden vielerorts geplant oder

umgesetzt. Welche Bedeutung wird Gas künftig noch haben?

Wo es keine Alternative zu Gas gibt, wird auch in Zukunft weiterhin mit Gas geheizt. Dies gilt vor allem dort, wo man keine Wärmepumpe installieren kann. In der Breite aber wird Gas für die Bereitstellung von Komfortwärme künftig eine abnehmende Rolle spielen.

Grosse Bedeutung misst Ihr Verband der chemischen Speicherung von Energie bei. Stichwort: Sektorkopplung. Wie ist hier der Stand der Entwicklung?

Über das Ziel herrscht Einigkeit: Bis 2050 wollen wir eine klimaneutrale Energieversorgung. Worüber noch zu wenig nachgedacht wird, ist, wie wir dieses Ziel erreichen. Aus unserer Sicht ist die Sektorkopplung zentral, um die Energieversorgung widerstandsfähig gegenüber äusseren Schocks zu machen. Sie ermöglicht die Verknüpfung der Netzinfrastrukturen

für Strom, Wärme und Gas, aber auch für Telekommunikation. Es geht darum, die neuen erneuerbaren Energien, die stochastisch anfallen, einzubinden. Dank der Sektorkopplung kann der Überschussstrom zu Gas umgewandelt und gespeichert werden, wodurch keine Anlagen abgeschaltet werden müssen. Ein grosses Fragezeichen stellt sich bei der Winterstromversorgung. Wenn wir die Wärmeversorgung und Mobilität zunehmend elektrifizieren, steigt der Strombedarf im Winter zusätzlich. Bereits seit dem Jahr 2000 müssen wir Strom in der kalten Jahreszeit importieren. Um mehr Energie verfügbar zu machen, müssen wir folglich Überschussstrom aus dem Sommer umwandeln und speichern und im Winter verfügbar machen. Dafür benötigen wir grosse saisonale Speicher, sowohl in der Schweiz als auch im Ausland.

Damit Sektorkopplung funktioniert, braucht es die entsprechenden Technologien.

Das Gute ist, dass es diese Kopplungstechnologien bereits gibt: nämlich Wärmekraftkopplung und Power-to-Gas, also die Umwandlung von Strom mittels Elektrolyse in Wasserstoff oder unter Zugabe von CO₂ in Methan, denn wir haben in der Schweiz eine Zementindustrie sowie Kehrichtverbrennungsanlagen, die auch weiterhin CO₂ emittieren werden. Dazu braucht es Technologien zur Abscheidung von CO₂, um es im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft wiederzuverwenden und es auch zu speichern.

Die Technologien sind zwar vorhanden. Aber wo sehen Sie die aktuellen Herausforderungen?

Problematisch ist die Wirtschaftlichkeit, etwa von Power-to-Gas-Anlagen. In diesem Bereich werden aber zahlreiche Forschungsprojekte vorangetrieben. —//

Dieses Interview wurde kofinanziert durch unseren Verlag und die Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände (KGTV). Die im Juni 2013 gegründete KGTV ist ein Zusammenschluss aus 32 Vereinen und Organisationen aus der Gebäudetechnikbranche. Die KGTV koordiniert die Interessen seiner Kollektivmitglieder gegenüber Politik und Behörden hinsichtlich der Energie- und Umweltpolitik und erarbeitet Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Präsiert wird die KGTV seit 2021 von Nationalrätin Franziska Ryser (Grüne).



NEU

meiertobler.ch/sg2



SmartGuard 2.0 – die smarte Verbindung zu den Wärmepumpen Ihrer Kundinnen und Kunden

SmartGuard 2.0 ist eine von Meier Tobler entwickelte Lösung für das Online-Management von Wärmepumpen. Die Kundenanlagen stehen konstant mit der Cloud von Meier Tobler in Verbindung und werden von unseren Ferndiagnostikern proaktiv betreut und optimiert. Kleinere Störungen werden direkt im Fernzugriff behoben, bei grösseren Problemen wird ein Serviceeinsatz ausgelöst. SmartGuard 2.0 bietet Ihnen als HLK-Profi und Ihren Kundinnen und Kunden überzeugende Vorteile.

Vorteile für HLK-Profis

- Keine Umtriebe und Kosten durch Bagatellfälle
- Markant vereinfachte Inbetriebnahme
- Erweiterte technische Möglichkeiten (Kaskaden, stille Kühlung)
- Bewährtes System – aus der Schweiz für die Schweiz

Vorteile für die Kundinnen und Kunden

- Proaktives Online-Management der Anlage durch Meier Tobler
- Maximale Betriebssicherheit und sorgenfreier Heizkomfort
- Reduzierter Energieverbrauch und tiefere Betriebskosten
- Verlängerte Lebensdauer der Wärmepumpe
- Komfortable Mobile App

meiertobler.ch/sg2

Einfach Haustechnik

meier
tobler



20

«Es braucht eine Auslegeordnung zum Thema Wasserstoff.»

Der VSG ist der einzige Verband der Energiewirtschaft, der einen eigenen Forschungsfonds betreibt. Seit langem schon unterstützen wir Power-to-Gas. Bei einem Projekt in Rapperswil, ein europäisches Verbundprojekt unter der Leitung der Fachhochschule OST in Kooperation mit der EPFL Lausanne, geht es darum, den Wirkungsgrad solcher Anlagen auf über 50% zu steigern. Auf der Versuchsanlage erzielte man kürzlich eine Steigerung auf rund 70%. Ein anderes Problem sind die Rahmenbedingungen. So

müssen Power-to-Gas-Anlagen weiterhin ein Netznutzungsentgelt entrichten, während Pumpspeicherkraftwerke davon befreit sind.

Wasserstoff spielt bei Ihrer Vision eine zentrale Rolle. Wie weit klaffen hier Realität und Wunschdenken noch auseinander?

In Zukunft wird Wasserstoff eine gewichtige Rolle bei der Dekarbonisierung von ganzen Industrien spielen. Denn hier braucht es weiterhin Gas für die Hochtemperaturprozesse. Das nationale Gasnetz ist

für Wasserstoff bereits adaptiert. Das aktuelle Regelwerk sieht schon heute vor, dass nach vorgängiger Analyse zehn Prozent Wasserstoff im Netz transportiert werden kann. Die europäischen Erfahrungen diesbezüglich zeigen, dass eine Steigerung bis auf 30% möglich ist. Auch Anwendungen existieren schon. Nur bei Netzkomponenten, etwa bei Ventilen und Verdichtungen, muss teilweise nachgerüstet werden. Doch grundsätzlich können die bestehende Infrastruktur für den Transport benutzt und somit auch Kosten beim Netzausbau eingespart werden.

Die Europäische Union und einzelne Länder haben bereits Wasserstoff-Strategien vorgestellt. Wo steht die Schweiz diesbezüglich?

Beim Wasserstoff ist es so, dass Japan schon 2017 die erste Strategie vorgelegt hat. Die Europäische Union zog 2020 nach. Die Schweiz ist im Verzug. Grund dafür ist aus meiner Sicht die Tatsache, dass unsere Landesregierung mit der Energiestrategie 2050 bislang sehr stark auf den Elektrifizierungspfad gesetzt hat. Unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen ist zu hoffen, dass der Bund dies nochmals hinterfragt. Er ist aktuell daran, eine Auslegeordnung zum Thema Wasserstoff zu erstellen. Die Resultate erwarten wir mit grosser Spannung für den Herbst. Darauf aufbauend sollen anschliessend eine Strategie und eine Roadmap entwickelt werden. Die Gefahr besteht, dass die Schweiz den Anschluss verpasst. Aktuell werden die Weichen für die Planung eines europäischen Wasserstoff-Transportnetzes gestellt.

Welche Schritte muss die Schweiz diesbezüglich unternehmen?

Der Bund soll Rahmenbedingungen schaffen, damit der Zug nicht ohne uns abfährt. Auch die Industrie hat mittlerweile realisiert, dass sie Wasserstoff braucht, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Auch ist klar, dass wir Wasserstoff in Zukunft zu einem Grossteil nicht hierzulande produzieren, sondern importieren müssen. Deshalb ist es zentral, dass die Schweiz den Anschluss nicht verliert und bei den Importkorridoren nicht aussen vor bleibt.

Es gibt bereits Pläne, in Nordafrika produzierten Wasserstoff über Pipelines nach Italien und von dort

über Österreich in den süddeutschen Raum zu leiten. Die Bundesbehörden sind inzwischen hellhörig geworden. Vielleicht hat es damit zu tun, dass Bundesrat Albert Röstl als Nationalrat Co-Präsident der parlamentarischen Gruppe Wasserstoff war und eine Affinität zum Thema hat.

Beim Schwerverkehr ist man schon ein Stück weiter. So fahren in der Schweiz bereits heute Lastwagen mit Wasserstoff.

Tatsächlich wird Wasserstoff bereits erzeugt. So sind Alpiq, Hydrospider oder H2Energy in diesem Bereich tätig. Ausserdem gibt es weitere Projekte, an denen auch unsere Verbandsmitglieder beteiligt sind. Doch jetzt kommt zunehmend auch mehr Nachfrage aus der Industrie, und dies ist von entscheidender Bedeutung.

Kommen wir zu Ihren Forderungen an die Adresse der Politik: Seit 2015 verlangt die Gasindustrie eine gesetzlich geregelte Gasmarktordnung. Wieso?

Im Rahmen der Taskforce zur Stärkung der Versorgungssicherheit der Schweiz sind wir hinsichtlich der Rechtsgrundlagen immer wieder an Grenzen gestossen. Hier erhoffen wir uns gewisse Verbesserungen. Zudem versprechen wir uns mehr Rechtssicherheit beim Netzzugang. In einem Grundsatzentscheid von 2020 verpflichtete die Wettbewerbskommission die Gasversorger, ihre Netze für die Durchleitung von Gas zu öffnen, was zu einer chaotischen Marktöffnung führte, weil entsprechende Regeln fehlen. Diese sollen nun im Rahmen eines Gasversorgungsgesetzes ausgearbeitet werden.

Der VSG ist seit vielen Jahren Mitglied der Konferenz der Gebäudetechnikverbände (KGTV). Wie wichtig ist Ihnen die Vernetzung mit dem Gebäudetechniksektor?

Für uns ist diese Vernetzung wichtig, weil Gas bei der Wärmeerzeugung im Gebäudebereich Verwendung findet und in Zukunft andere erneuerbare Heizsysteme flexibel unterstützen kann. Die KGTV bietet

in diesem Zusammenhang eine sehr gute Plattform. So können wir innerhalb des Dachverbands Themen wie Wärmekraftkopplung diskutieren, aber insbesondere auch das Denken im Gesamtsystem einbringen. Man sollte gerade auf kommunaler Ebene von der Einzelbetrachtung des Hauses abkommen und verstärkt Areale und Quartiere als Verbundsysteme in den Blick nehmen. Die Entwicklung bewegt sich in Richtung Cluster und Wärmeverbünde. Das ist absolut notwendig, um eine sichere, wirtschaftliche und klimaneutrale Energieversorgung zu erreichen. Für die Bewältigung der Energiewende werden wir alle erneuerbaren Elektronen und Moleküle brauchen. □

SORGENFREI DURCHSTARTEN

Unkomplizierte Ladelösungen für Ihre Immobilie. Mit Techem E-Mobilität.

The logo for Techem, featuring the word "techem" in a lowercase, sans-serif font with a red underline that curves upwards at the ends.

Ob Einzelleistung oder Komplettpaket, wir unterstützen Sie dabei, alle technischen Anforderungen zu erfüllen – bedarfsgerecht und einfach. Von Ladekonzept über Installation und Betrieb bis hin zur Abrechnung. So sorgen Sie für zufriedene Nutzer/innen – und mehr Klimaschutz. www.techem.ch/emobilitaet